

Templin, der 21. April 2026

PRESSEMITTEILUNG

Landratswahl in der Uckermark: Ein Weiter so ist keine Lösung für die Probleme der Bürger.

Prenzlau, 21. April 2026 - Das Ergebnis der Landratswahl vom 19. April in der Uckermark lässt keinen Spielraum für Selbstzufriedenheit. Während CDU-Amtsinhaberin Karina Dörk, der wir zur Wiederwahl gratulieren, ihren Posten verteidigen konnte und der Herausforderer der AfD, Felix Teichner, unterlegen ist, bleibt das eigentliche Problem bestehen: Die tiefe Kluft zwischen der Politik, der Verwaltung und der Lebensrealität der Menschen vor Ort.

Dazu erklärt der BSW-Kreisverband Uckermark:

„Das Wahlergebnis vom 19. April ist kein Vertrauensbeweis für den Status quo. Ein Weiter so ist keine Lösung für die Probleme der Bürger. Der BSW-Kreisverband Uckermark fordert daher eine echte Politikwende. Viele Menschen haben Frau Dörk gewählt, um Stabilität zu bewahren, doch fast ebenso viele haben ihren Protest durch die Wahl des AfD-Kandidaten Felix Teichner ausgedrückt. Diese Stimmen sind kein Ausdruck von Dummheit, reinem Protest oder bloßer Radikalität, sondern das Ergebnis jahrelanger Ignoranz gegenüber berechtigten Sorgen der Bürger. Wer diese Wähler einfach abschreibt, vertieft die Spaltung unseres Landkreises nur weiter.“

Ein „Sieg der Vernunft“, wie ihn die etablierten Parteien jetzt feiern, existiert nur auf dem Papier. In der Realität ist die Uckermark ein gespaltener Landkreis. Die Menschen kämpfen weiterhin mit einer unsicheren wirtschaftlichen Zukunft, einer maroden Infrastruktur, einer ausgedünnten medizinischen Versorgung und explodierenden Lebenshaltungskosten. Diese Probleme sind hausgemacht und eine Folge der Politik, die auf allen politischen Ebenen und auch auf Kreisebene verantwortet wird.

Echte Alternativen statt bloßer Verwaltung des Mangels

Frau Dörk steht nun in der Pflicht, eine Politik zu machen, die den ländlichen Raum nicht länger stiefmütterlich behandelt. Wir brauchen keine ideologischen Ausgrenzungen, sondern eine Politik, die die Sorgen aller Bürger, auch derer, die aus Verzweiflung AfD gewählt haben, ernst nimmt. Wir brauchen keine symbolpolitischen Brandmauern, sondern eine Brandmauer gegen soziale Kälte.

Der BSW-Kreisverband Uckermark fordert daher:

Frieden und Dialog: Wir müssen im Landkreis wieder lernen, miteinander zu reden. Die Sorgen der Bürger dürfen nicht ignoriert oder als „falsch“ stigmatisiert werden.

Soziale Gerechtigkeit: Der Zugang zu Ärzten und bezahlbarem Wohnraum muss in der gesamten Uckermark, von Angermünde bis Templin, sichergestellt sein.

Wirtschaftliche Sicherheit: Eine Industriepolitik, die Standorte wie das PCK Schwedt ohne Wenn und Aber sichert, statt sie ideologischen Experimenten zu opfern.

Das Ergebnis zeigt deutlich: Die Uckermark braucht eine politische Kraft der Vernunft, die den Mut zum Richtungswechsel hat. Das BSW wird die Arbeit der Kreisverwaltung kritisch, aber konstruktiv begleiten und darauf drängen, dass die Versprechen von heute nicht die Enttäuschungen von morgen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Manuel Lipke (Kreisvorsitzender)
im Namen des Kreisverbands BSW Uckermark